

Brigitta Busch

Grenzvermessungen: Sprachen und Medien in Zentral-, Südost- und Osteuropa

Das Durchbrechen der Berliner Mauer, das Durchschneiden des Stacheldrahts am Eisernen Vorhang, das Abmontieren der Grenzbalken im Schengen-Raum, die Ausrufung neuer Nationalstaaten und das Hissen neuer Nationalflaggen, aber auch Krieg und Zerstörung im Kampf um neue Grenzen in Südosteuropa und im Kaukasus – das waren die Bilder, die die letzte Dekade des ausgehenden Jahrtausends geprägt haben. Neue Grenzziehungen und Neudefinitionen bestehender Grenzen haben die politische Landkarte in Europa verändert. Jede Auseinandersetzung über Grenzziehungen impliziert aber immer auch eine Auseinandersetzung über Identitäten und Identifikationen – aktive und passive, gewünschte und erduldet, individuelle und kollektive (Balibar 1997: 372). In diesem Prozeß spielen Medien keine geringe Rolle. Der Westen reklamiert für sich, daß auch die westlichen Medien und allen voran die großen transnationalen Sender einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, daß der Wechsel, der zum Ende des Blocksystems geführt hat, von »innen« getragen wurde, indem das westliche Wertesystem mitsamt der Aussicht auf eine Teilhabe an der Konsumgesellschaft über die Blockgrenzen getragen wurde und somit neue Identitätsentwürfe vorbereiten half. Von einer Pluralisierung der Medienlandschaft erwartete man sich nicht nur eine Öffnung der Märkte, sondern auch eine Stärkung der zivilen Gesellschaft und eine Stützung des Demokratisierungsprozesses.

In Ost- und Südosteuropa resultierte der Zerfall des Ostblocks in der Gründung neuer Nationalstaaten. In Südosteuropa und im Kaukasus war dieser Prozeß begleitet von Kriegen. In allen neuen Staaten – egal wie die Loslösung aus dem früheren Staatsverband erfolgte – stand die Affirmation einer neuen nationalen Identität verbunden mit Prozessen der Abgrenzung und meist auch Ausgrenzung im Vordergrund. Möglicherweise hat gerade ein Nationalismus in jenem ideologischen Leerraum greifen können, der durch

das Wegfallen der kommunistischen Ideologie entstanden war und durch die enttäuschten Hoffnungen, der Anschluß an die westliche Konsumgesellschaft werde für alle mit dem Fall des Eisernen Vorhangs gleichsam über Nacht kommen. Medien wird in diesen Prozessen eine Schlüsselrolle zugeschrieben: als Mittel zur Eroberung und Erhaltung der Macht, als Klammer zur Herstellung einer (homogenen) nationalen Öffentlichkeit, als Mittel zur Produktion und Reproduktion nationaler Identitätsentwürfe, als Mittel, neue Grenzziehungen »in den Köpfen« zu verankern und auch als Propagandawaffe ... Nicht nur durch die manifesten Inhalte, die Nachrichten, die verbreitet oder verschwiegen werden, oder die Parolen, die in Umlauf gesetzt werden (Stichwort Hate speech), sondern auch durch die Strukturierung des medialen Systems an sich und durch die Art der Verbreitung von Nachrichten. Sprache spielt hier eine zentrale Rolle, nicht nur in ihrer Qualität als »parole« – dem konkreten Sprechakt – sondern auch als »langue« (de Saussure) – als ein System, das sich von anderen Systemen unterscheidet und damit zu einem Marker für Identität wird.

Dieser Beitrag hat zum Ziel, anhand von einzelnen Fallbeispielen aufzuzeigen, wie Sprachpolitik bzw. Sprachenpolitik in und via Medien eingesetzt wurde, um diese Prozesse der Grenzziehung und Identitätskonstruktion seitens der neuen Nationalstaaten in Südost- und Osteuropa voranzutreiben. Gleichzeitig soll auch die Rolle internationaler Akteure, insbesondere der großen staatlich finanzierten Auslandsdienste im Rundfunk und Fernsehen, die ihre eigene Sprachenpolitik betreiben, um ihre Einflußsphären in dem neu geöffneten Raum abzugrenzen, beleuchtet werden.

Gedachte Linien: Grenzen und Supergrenzen

Die eingangs evozierten Bilder haben ein gemeinsames Thema, es geht um Grenzen, Grenzveränderungen, Neuzeichnungen und neue Definitionen bestehender Grenzen. Ein Blick auf die Etymologie des Wortes »Grenze« und den Wandel in den Konzeptionen von »Grenze« zeigt deutlich, wie eng dieser Begriff in der heutigen Bedeutung mit dem Nationalstaat und dessen (militärischer) Ver-

teidigung nach außen bzw. mit der Homogenisierung nach innen verknüpft ist. Grimms Deutsches Wörterbuch weist darauf hin, daß die Verwendung von Grenze ursprünglich sich mehr auf die Ausdehnung privaten Besitzes bezog und erst in der Folge die Bedeutung der »politischen grenze¹« im Sinne eines »macht- oder wirkungsbereichs« die Oberhand gewann. (Deutsches Wörterbuch 1999, 127–128) In diesem Sinn definiert das Wörterbuch auch Grenze als »die gedachte linie, die zur scheidung von gebieten der erdoberfläche dient«. Grenzen sind hier gedachte, also in historischen Entwicklungen konstruierte und nicht naturgegebene Linien. Die Reifizierung von Grenze, die Dislozierung des Begriffs vom politischen Willen, der Prozeß, in dem Grenzen natürliche, biologisch bedingte Qualitäten zugeschrieben wurden, fand erst im Laufe der Zeit statt. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren Staatsgrenzen durchlässig, ein Geflecht von Grenzen wie Binnenzollgrenzen, Steuergrenzen, Stadtgrenzen etc. durchzog das Land. Erst Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts, als sich das Konzept des Nationalstaates in Europa durchzusetzen begann, wurden Staatsgrenzen zu einer dichten und effizienten Linie, zu einer Art Graben zwischen deutlich geschiedenen Nationalitäten (vgl. Heindl, Saurer 1998).

In Frankreich setzte sich dieses Konzept mit der Verteidigung der Revolution von 1789 und der Affirmation der Nation durch. Die Girondisten förderten zunächst eine multilinguale Ausrichtung, indem sie die neuen Gesetze in die nicht-französischen Idiome übersetzen ließen, denn ca. die Hälfte der Bevölkerung verstand kein Französisch. 1794, als sich Frankreich gegen außen verteidigen mußte, erklärte dann Barère vor dem Konvent, daß die »französische Sprache das Bindemittel der neuen nationalen Einheit sein muß« und führte aus: »Der Föderalismus und der Aberglaube sprechen Bretonisch, die Emigration und der Haß auf die Republik sprechen Deutsch, die Konterrevolution spricht Italienisch und der Fanatismus spricht Baskisch.« (Zit. nach de Rougemont 1980: 98) Auch in Deutschland wurde in dieser Zeit Sprache in einen engen Zusammenhang zu Grenze gebracht. Der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte hielt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fest: »Die ersten, ursprünglichen, und wahrhaft natürlichen Grenzen der Staaten sind ohne Zweifel ihre inneren Grenzen. Was dieselbe Sprache

redet, das ist schon vor aller menschlicher Kunst vorher durch die bloße Natur mit einer Menge von unsichtbaren Banden aneinandergeknüpft; es versteht sich untereinander, und ist fähig, sich immerfort klarer zu verständigen, es gehört zusammen, und ist natürlich Eins, und ein unzertrennliches Ganzes ... Ein solches kann kein Volk anderer Abkunft und Sprache in sich aufnehmen.« (zit. nach: Heindl, Saurer 1998: 3) Am Konzept der Nationalsprache bzw. am Konzept der Sprach- und Schicksalsgemeinschaft wird auch das nationalstaatliche Paradigma der inneren Homogenität sichtbar.

Grimms Wörterbuch ortet ebenfalls in diesem Zeitraum eine neuerliche semantische Verschiebung des Begriffs Grenze sowohl im metaphorischen Sinn als auch im »localen« Sinn: »während der begriff der grenze im ursprünglichen sinne auf der vorstellung eines raumes diesseits und jenseits der scheidelinie fuzt, entwickelt sich wesentlich erst seit dem 18. jh. ein gebrauch, der von dem raum jenseits der grenze mehr oder weniger absieht und das wort so den bedeutungen ›schanke, abschluss, ziel, ende‹ nähert.« (Deutsches Wörterbuch 1999, Band 9: 134–35) In dieser Logik entstanden Ideen von den Grenzen der zivilisierten Welt mit ihrem Gegenstück der »Barbarei«, der »Wildnis« jenseits dieser Grenzen. Das jenseits der Grenze Gelegene wird als fundamental »Anderes« konstruiert, als etwas das außerhalb ist, als etwas Nichtfaßbares, Ambivalentes. Das im »Dunklen« liegende Jenseitige kann damit zur Projektionsfläche für Phantasien werden, für bedrohende und begehrende. Im eurozentrischen Weltbild, das für sich die Macht der Definition in Anspruch nahm, waren das die zu entdeckenden und zu kolonialisierenden »dunklen« Kontinente einerseits und der Osten bzw. der Balkan andererseits (vgl. Todorova 1999).

In der heutigen Bedeutung des Wortes Grenze, dessen Hauptbedeutung vor allem die Staats- oder Landesgrenzen sind, schwingen die Konnotationen, die der Begriff aufgeladen hat, mit. Die Institution der Grenze, der vertraglich festgelegten und international anerkannten räumlichen Definition von staatlicher Souveränität, ist eng verbunden mit dem Konzept des Nationalstaates und mit dem staatlichen Prärogativ, über die Verleihung von Staatsbürgerschaft Zugehörigkeit und Ausschluß festzulegen. Das Paradigma der inneren (nationalen) Homogenität wird dann besonders virulent,

wenn es darum geht, neue Grenzen zu ziehen und festzuschreiben. Umsiedlungen, Massaker und Vertreibungen unter dem euphemistischen Begriff »ethnische Säuberungen« waren im zu Ende gegangenen Jahrhundert mehrfach in Europa Beweis der Dimensionen, die eine Politik der Homogenisierung annehmen kann. Grenzen sind nicht nur mehr oder weniger arbiträre Linien zwischen territorialen Einheiten, die administrative und politische Zuständigkeiten festlegen, sie teilen auch den Raum in »unseren« und »ihren« und haben eine symbolische, kulturelle, historische und oft umstrittene Bedeutung für soziale Gemeinschaften (Newman, Paasi 1998). Der Nationalstaat reduziert die Komplexität von Identitätsentwürfen auf einfache Marker wie z. B. Sprache, religiöse Zugehörigkeit. In den diskursiven Konstruktionen nationaler Identität spielen eben diese Marker eine zentrale Rolle, indem sie eingebaut werden in die Erzählung der Nation, wie sie in der Literatur, in den Medien und in der Alltagskultur vorgetragen wird.

Der Fall des Eisernen Vorhangs bedeutete eine Veränderung in dem, was Etienne Balibar (1997: 375) »Sur-Détermination« (dt. Supradetermination) von Grenzen nannte. Der Begriff Supradetermination bezieht sich darauf, daß nationalstaatliche Grenzen durch geopolitische Faktoren – wie die Trennung in zwei Blöcke oder die Zugehörigkeit zu Wirtschaftsunionen oder Verteidigungsbündnissen – bestätigt, verstärkt oder relativiert werden können und dadurch zusätzliche Bedeutungen bekommen. Damit stellt sich auch die Frage, wie weit nationalstaatliche Grenzen mit den geopolitischen »Supergrenzen« und ihren militärischen, wirtschaftlichen, ideologischen und symbolischen Funktionen vereinbar sind und bis zu welchem Grad diese eine nationalstaatliche Autonomie zulassen oder einschränken (vgl. Balibar 1997: 377). Mit dem Ende der Spaltung in zwei ideologische Blöcke, in zwei verschiedene gesellschaftliche Systeme entfiel die Supradetermination der Grenzen zwischen ost- und westeuropäischen Staaten als Blockgrenze. In der Folge geht es aber um neue Supradeterminationen, wie um die Frage der Grenzen Europas. Der Prozeß der Osterweiterung der Europäischen Union ist angebahnt, doch parallel dazu findet ein Prozeß der Differenzierung in ein »Kerneuropa« und in ein periphereres statt, in Mitgliedsstaaten der Union, in Beitrittswerber der ersten Runde und

der zweiten Runde und in solche, deren Mitgliedschaft für den Moment noch nicht zur Debatte steht. Innerhalb der Union gibt es eine Differenzierung in Staaten, die an der Währungsunion bzw. am Schengen-Abkommen beteiligt sind, und in andere. Das Schengener Abkommen über die gemeinsame Sicherheitspolitik in der Union hebt Grenzkontrollen an den sogenannten Binnengrenzen, den nationalen Grenzen der Mitgliedsstaaten zwar auf – Grenzbalken und Grenzstationen wurden abgeschafft –, sieht aber gleichzeitig verschärfte Kontrollen an den Außengrenzen vor. Die EU-Außengrenze wird damit zu einer neuen Supradetermination, die sich über nationalstaatliche Grenzen lagert. De facto bedeutet die Abschaffung der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen aber nicht die Abschaffung dieser Grenzen an sich, sondern viel eher eine Dissoziation der Grenzen von ihrer eigentlichen Lokation. Kontrollen können nun im gesamten Staatsgebiet durchgeführt werden. Stichprobenartige oder fallweise durchgehende Kontrollen finden an »sensiblen« internationalen Routen wie z. B. dem Nachtzug Wien-Italien statt, wobei oft vermeintliche Marker für Identität wie Aussehen oder Sprache als Kriterium für eine intensive Kontrolle herangezogen werden. So permeabel und dehnbar die Grenzen in die eine Richtung sind, so schwer zu überwinden sind sie in die andere. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs geht es nun darum, die Grenzen Europas neu auszuhandeln. Einer um Abschottung bemühten »Festung Europa« stehen nun aus der Blocklogik gelöste und teils neu gegründete Nationalstaaten gegenüber, die sich nicht nur im Verhältnis zu ihren Nachbarn, sondern auch ihrer Nähe oder Ferne zu Europa definieren. Insofern spielt die Frage der Grenzen Europas eine wichtige Rolle in den Identifikationsmodellen und Identitätsentwürfen, die propagiert werden.

Im Fall der Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Sowjetunion geht es um die Loslösung aus einem multiethnischen und multilingualen Staatsgefüge und um die Neuziehung von nationalstaatlichen Grenzen verbunden mit einem Systemwechsel zur Marktwirtschaft und zur parlamentarischen Mehrparteiendemokratie. Grob gesagt stand zunächst die Abgrenzung zum früher dominanten Zentrum im Vordergrund. In den herrschenden Diskursen nahm die Erzählung der Nation mit

ihrem Repertoire an Mythen und Symbolen einen prominenten Platz ein. Dazu gehört auch die Institution der Staatssprache, der präskriptiv für die öffentliche Kommunikation – von wenigen Ausnahmesituationen abgesehen – definierten Sprache. Es geht hier um eine normierte Standardsprache und nicht um die Sprache oder die Sprachen, die in der Alltagskommunikation gesprochen werden. Das kritische Moment daran ist, daß wie im weiter oben zitierten Beispiel von Frankreich und Deutschland eine enge Verbindung zwischen Sprache und Nation hergestellt wird und damit der Gebrauch des »reinen« Standards bzw. eines »reinen, unverfälschten Dialekts« zu einem Bekenntnis zur Nation wird. Diese Beziehung zwischen Sprache und nationaler Zugehörigkeit kann auch in formalen gesetzlichen Bestimmungen ihren Ausdruck finden. In Estland beispielsweise wurde die Kenntnis der estnischen Sprache zu einer Vorbedingung für die Erlangung der Staatsbürgerschaft.

Im Zuge der Abgrenzung wurden früher dominante Sprachen zu Minderheitensprachen in einzelnen Staaten wie etwa Russisch in den Baltischen Staaten; Sprachen, die einen eingeschränkten Status in größeren Staatsgefügen gehabt hatten, wurden zu Staatssprachen wie etwa Slowenisch in der Republik Slowenien oder die baltischen Sprachen in den baltischen Staaten. Und schließlich wurden regionale Varianten in den Status von Staatssprachen erhoben wie in Bosnien, Kroatien und Serbien. Es handelt sich also um Statusveränderungen, die neue Minderheiten-Mehrheiten-Verhältnisse schaffen. Der Status von Varianten und Minderheitensprachen auf dem sprachlichen Markt (Bourdieu) wird neu ausgehandelt. Da es in einem ersten Zug um ein Markieren der Distanz zu den früher dominanten Zentren ging, sank der Wert der früher dominanten Sprachen. Sprecher dieser Sprachen wurden ausgegrenzt. Sprachgrenzen, die in der Regel eher fließend sind, fallen selten mit nationalen Grenzlinien zusammen. Grenzziehungen produzieren daher auch verordnete Non-Identitäten (wie staatenlose Russischsprachige in den baltischen Staaten) oder »Bindestrichidentitäten« (wie kroatische Serben). Jacques Derrida schreibt in seinem autobiographischen Essay *Die Einsprachigkeit des Anderen oder die Prothese des Ursprungs* (Derrida 1997) genau über dieses Problem, das er mit seiner »Bindestrich-Identität« als Franco-Maghrebiner

erfahren hat. Staatsbürgerschaft, so führt er aus, deckt nicht »die kulturelle, sprachliche oder historische Zugehörigkeit im allgemeinen« ab, sie ist auch nicht einfach ein »Prädikat des Überbaus, das an der Oberfläche der Erfahrung dahingleitet«. Vor allem nicht, wenn man sie im Laufe seines Lebens bekommen oder verloren hat (S. 19).

Die neuen Staaten mußten sich aber auch im Hinblick auf Europa neu definieren. Das westeuropäische Modell des Nationalstaates mit Mehrparteiendemokratie und freier Marktwirtschaft schien den Einstieg in die europäischen Institutionen zu garantieren. Die anfänglichen Erwartungen, eine Eingliederung in die EU würde sich rasch vollziehen, erwies sich für die meisten neugegründeten Staaten als Illusion. In den Erzählungen der Nation nahm der Topos der »natürlichen« Zugehörigkeit zu Europa eine umso prominentere Stelle ein. Vielfach wurden die Grenzen zum Nachbarn weiter östlich oder weiter südlich – was teilweise mit den alten Machtzentren zusammenfiel – als solche konstruiert, die wirkliche Trennlinien sind, die bedroht sind und geschützt werden müssen, während die Grenzen zu den westeuropäischen Nachbarn kaum zur Debatte standen. Dieser Mechanismus kam nicht nur in jenen Ländern zum Tragen, in denen Grenzziehungen in kriegerischen Auseinandersetzungen stattfanden, sondern auch in Ländern wie Estland (Berg 2000: 4). Der eigene Staat wurde in den herrschenden Diskursen wie etwa in Kroatien als »katholische und daher zum christlichen Abendland gehörige Nation«, als »Bastion der europäischen Kultur«, als »Vorposten der westlichen Zivilisation« etc. konstruiert (vgl. Zakošek 2000: 113). Selbst in Serbien unter Milošević fand sich in den Medien der Topos von Serbien als eine der »ältesten Nationen Europas mit einem eigenen Alphabet, einer eigenen Sprache und Kultur« mit einer »missionarischen Rolle in der jahrhundertelangen Verteidigung Europas gegen Eroberer aus dem Osten« (Skopljanac-Brunner 2000: 142). Noch ein anderer Aspekt kommt in bezug auf die Definition gegenüber Europa zum Tragen: Die Europäische Union verlangt von den Beitrittswerber die Erfüllung von Kriterien nicht nur im wirtschaftlichen Sinn, sondern auch in den Belangen der Grenzsicherung, die durch das Schengener Abkommen festgelegt sind. Konkret bedeutet das, daß die Grenzen

zum weiter südlich bzw. weiter östlich gelegenen Nachbarn auch de facto dichter werden und daß an diesen Grenzen die Visumpflicht eingeführt wird. Bilaterale Abkommen, die eine Freizügigkeit im kleinen Grenzverkehr vorsahen, werden dadurch wieder außer Kraft gesetzt, durchlässige Grenzen werden wieder zu toten Grenzen.

Nationale Öffentlichkeiten

Eng mit dem Nationalstaat verbunden ist auch das Konzept der Schaffung einer nationalen Öffentlichkeit. In der medialen Nachkriegsordnung in Westeuropa

erfüllte der öffentliche rechtliche Rundfunk eine Doppelrolle, indem er dem Nationalstaat als politische öffentliche Sphäre diente und ein Fokus für kulturelle nationale Identifikation war. Der Rundfunk war eine Schlüsselinstitution, durch die Hörer und Seher sich als Mitglieder der nationalen Gemeinschaft denken konnten (Morley, Robins 1996: 10).

Das Ende der nationalen Rundfunkmonopole und die allgemeine Verfügbarkeit von Satellitenprogrammen hat den öffentlichen Rundfunk jedoch nicht wirklich aus dieser Rolle verdrängt.

In Ost- und Südosteuropa wurden Anfang der neunziger Jahre Radio und Fernsehen zu den Schlüsselmedien. Der Übergang zur Marktwirtschaft war mit einer wirtschaftlichen Krise und damit verbunden, daß sich in praktisch allen Ländern die soziale Schere öffnete. Weite Kreise der Bevölkerung konnten sich den täglichen Bezug von Printmedien, die nun nicht mehr preisgestützt waren, einfach nicht mehr leisten. Das Interesse der neuen Regierung galt daher auch primär den großen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die in den meisten Staaten zur Zeit der Auflösung des östlichen Blocks eine Monopolstellung innehatten. Eine Transformation vom staatlichen Rundfunk zu einem öffentlich-rechtlichen System ging nur äußerst schleppend vor sich und ist in vielen Ländern nicht abgeschlossen. Das Konzept, die nationalen Radio- und Fernsehstationen seien ein Sprachrohr der Regierung und ein Mittel, nationale Einheit herzustellen und zu festigen, dominierte.

Die Öffnung des Marktes erlaubte es aber auch anderen Anbietern, Medienerzeugnisse zu produzieren. Nachdem Anfang der

neunziger Jahre in den meisten neuen Staaten zunächst ethnisch bzw. national strukturierte Parteien an die Macht gekommen waren und sich auch die Opposition vielfach ethnisch definierte, kam es zu einer Ethnisierung der Medienlandschaft, zu einer Trennung in parallele Öffentlichkeiten. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung in Bosnien-Herzegowina: Während in der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina früher auf die ethnische Quotenverteilung im Stab der größeren Medien – wie dem Radio und Fernsehen oder in der Tageszeitung *Oslobodenje* – Wert gelegt worden war, forderten die nach nationalen Kriterien organisierten Parteien noch vor dem Krieg eine Trennung in ethnisch strukturierte Medien, die auch effektiv vollzogen wurde (vgl. Jusić in diesem Buch). In anderen Ländern wie in den baltischen Staaten kümmerte man sich um die anderssprachigen Minderheiten wenig und überließ ihre mediale Versorgung in einer Anfangsphase dem großen Nachbarland. Im neuen nationalen Konsens gerieten (sprachliche) Minderheiten in den Zwang, ihre Loyalität unter Beweis zu stellen. Ehemals subventionierte Medien in Minderheitensprachen wurden durch den Druck der Marktlogik vielfach marginalisiert und ausgehungert und zogen sich in der Folge auf die »eigenen« Belange zurück (vgl. Valić in diesem Buch). Oppositionelle Medien, die sich nicht in die Logik des Nationalen fügten und keine nationalen Positionen vertraten, hatten mit den größten Schwierigkeiten – wie z. B. Zugang zu den Produktionsmitteln, Zugang zu Information, strafrechtlichen Verfahren – zu kämpfen.

Der Westen erwartete, eine Privatisierung im Medienbereich würde quasi automatisch eine Demokratisierung und Pluralisierung der Medienlandschaften bewirken. Diese Erwartungen haben sich allerdings nicht erfüllt. Der Anschluß an den globalen Markt ist zwar erfolgt, insofern als globale Medienprodukte wie TV-Serien und Werbespots in allen Ländern – in den entsprechenden Sprachen synchronisiert oder untertitelt – zirkulieren. Internationale Medientrusts haben sich ihre Marktpositionen in jenen Ländern Ost- und Südosteuropas gesichert, die nicht in Kriege involviert waren. Doch die großen nationalen Radio- und TV-Anstalten blieben, obwohl sich teilweise auch private Anbieter ansiedeln konnten, weitgehend unangefochten. Im Gegenzug versuchte die internationale Gemein-

schaft vor allem in jenen Ländern, in denen Konflikte ausbrachen, unabhängige Medien zu fördern. Zu den unabhängigen Medien zählten vor allem lokale Medien und jene Medien, die als Ausdruck sozialer Bewegungen entstanden waren. Oft waren sie die einzigen, die sich außerhalb einer nationalen Parteilogik definierten. Der Großteil dieser Medien ist praktisch zu hundert Prozent abhängig von finanziellen Zuwendungen aus dem Westen, da die lokalen Märkte wenig tragfähig sind. Konkrete »Medienhilfe« erfolgt von europäischen und internationalen Institutionen und Organisationen sowie von privaten Stiftungen und den großen Auslandsdiensten, indem sie kostenlos internationale Nachrichtensendungen zur Verfügung stellen.

Medien als Instrument sprachlicher Homogenisierung: Das Beispiel Jugoslawien und Nachfolgestaaten

In der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien herrschte ein sensibles Gleichgewicht zwischen zentralistischen und föderalistischen Kräften. Ein ständiges Aushandeln dieses Gleichgewichts zieht sich wie ein roter Faden durch die jugoslawische Geschichte. Diese zentripetalen und zentrifugalen Kräfte fanden unter anderem auch ihren Ausdruck in Debatten um die Sprache. Die südslawischen sprachlichen Idiome bilden ein Kontinuum von den Karawanken bis zum Schwarzen Meer, wobei Nachbardialekte gegenseitig immer verständlich sind. Es gibt keine scharfen Sprachgrenzen, vielmehr sind Abgrenzungen extralinguistisch bedingt und hängen von den jeweiligen politischen Zentren ab (Neweklowy 1998). 1954 wurde zwischen serbischen und kroatischen Linguisten ein Abkommen über die gemeinsame serbokroatische bzw. kroatoserbische Sprache geschlossen, das auch Montenegro und Bosnien mit umfaßte. Das Abkommen erlaubte den parallelen und gleichberechtigten Gebrauch der ekavischen² und jekavischen Variante, wobei grob vereinfacht gesagt in den lokalen Dialekten – abgesehen von verschiedenen Enklaven – in den östlichen Gebieten das Eka-vische und in den westlichen das Jekavische dominiert. Noch 1986 wurde ein Kodex verabschiedet, der den parallelen Gebrauch des

Ekavischen und Jekavischen im Radio und Fernsehen und in den großen Printmedien im gesamten Sprachraum vorsah. Mitte der achtziger Jahre wurden aber auch bereits Anzeichen der Desintegration des jugoslawischen Staates sichtbar, es gab kein eigentliches politisches Machtzentrum mehr, vielmehr waren die Zentren bereits in den einzelnen Teilrepubliken, die – mit Ausnahme von Bosnien-Herzegovina – nationalstaatengleich im föderalen Gebilde den Ton angaben. Die kommunistische Partei zerfiel in sechs ethno-nationale Parteien, die sich darum bemühten, die öffentliche Sphäre in ihren respektiven Territorien zu kontrollieren (vgl. Puhovski 2000: 42).

Der Prozeß der Auflösung der Spracheneinheit war ein länger andauernder Prozeß, der in der Erhebung bestehender Varianten in den Status von Standardsprachen bzw. Nationalsprachen gipfelte, als die einzelnen Teilrepubliken ihre Unabhängigkeit erklärten. Die kroatische Verfassung von 1990 erklärte Kroatien zum Nationalstaat des kroatischen Volkes und definierte die kroatische Sprache und die lateinische Schrift für den Amtsgebrauch. 1992 zog Serbien nach und erklärte die serbische Sprache ekavischer und jekavischer Aussprache sowie die kyrillische Schrift als für den Amtsverkehr gültig, wenige Monate später folgte die montenegrinische Verfassung, die für ihr Gebiet die serbische Sprache jekavischer Aussprache definierte und 1993 trat in Bosnien ein Gesetz in Kraft, das für Bosnien-Herzegovina den Gebrauch der bosnischen, serbischen und kroatischen Sprache in der jekavischen Aussprache vorsah. Eine formale internationale Anerkennung fand die bosnische Sprache 1995 im Friedensabkommen von Dayton. Diese Statusveränderungen der Sprachen waren gekoppelt mit einem Sprachpurismus, der vor allem darauf abzielte, jene Begriffe, die während der langandauernden Konvergenzphase zwischen dem Serbischen und Kroatischen von der einen Variante in die andere übernommen worden waren, zu eliminieren und zu ersetzen.

Während Sprachwandel sich üblicherweise in einem Zusammenspiel von Veränderungen im täglichen Gebrauch und der Kodifizierung von Normen vollzieht, hat in sprachpuristischen Phasen das präskriptive top-down Durchsetzen neuer Normen die Oberhand. Vor allem wenn es um eine Statusveränderung der Sprache

geht, kommt Sprachpurismus zunächst als Abgrenzung gegenüber der (früher) dominanten Sprache und in der Folge häufig auch gegenüber anderen Sprachen zum Tragen (vgl. Thomas 1991). Als Mittel der Durchsetzung und Verbreitung des neuen Codes bieten sich das Bildungswesen bzw. Medien an.

Als Kroatien seine Unabhängigkeit deklarierte, berief sich Staatspräsident Tudman auf die »historischen und natürlichen Außengrenzen« Kroatiens und machte Grenzziehung nach innen ebenso deutlich mit Aussagen wie, daß er froh sei, seine Frau sei weder Serbin noch Jüdin (Hodžić 2000: 24). Die Distanz zu Serbien argumentierte man im öffentlichen Diskurs auch mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen Kulturkreisen: Serbien sei als orthodoxes Land Teil des byzantinischen Kulturkreises, während Kroatien als katholisches Land zum europäischen westlichen Abendland zähle (Hodžić 2000: 34). Bereits bestehende sprachpuristische Tendenzen nahmen einen neuen Aufschwung. In den ersten Jahren meinte man die sprachliche Trennung von Serbien rasch und »für immer« lösen zu können. Eine besondere Vorreiterrolle nahm das kroatische staatliche Fernsehen (*HRTV*) ein. 1991 begann die Leitung des *HRTV* mit einer Welle von Entlassungen und Dienstoffstellungen, die nahezu die Hälfte der Beschäftigten betraf. Als offizielle Begründung diente die schwierige wirtschaftliche Lage in der Folge des Krieges, tatsächlich entließ die Direktion aber vor allem oppositionelle und »nicht-kroatische« Journalisten. Zur Rechtfertigung wurden auch SprachwissenschaftlerInnen herangezogen, die laut Aussagen des Direktors festgestellt hätten, daß 60 % der Journalisten die kroatische Sprache nur mangelhaft beherrschten. Der *HRTV* produzierte ein Handbuch, das erwünschte kroatische und unerwünschte »fremde« Ausdrücke auflistete. Diese Liste umfaßte primär die sogenannten Serbismen, erstreckte sich aber auch auf Internationalismen. Das staatliche Radio und Fernsehen begriff sich als standardsetzende Instanz (Bericht der Beobachterdelegation der Helsinkiförderung 1993). Auch regime-nahe Printmedien und Parteizeitungen stellten sich in den Dienst der Propagierung des neuen Standards.

Zu Beginn des Krieges zwischen Serbien und Kroatien produzierte die Nachrichtenredaktion des staatlichen kroatischen Fernsehens ein Dekret, das den Sprachgebrauch und die gezeigten Bil-

der reglementieren sollte. Einige Punkte aus diesem Dekret: Die Jugoslovenska Narodna Armija (JNA) soll ausschließlich »serbisch-kommunistische Besatzungsarmee«, »Zahlen über Verluste seitens der Milizen und der Polizei« müssen immer mit dem Zusatz »fiel für die Freiheit Kroatiens«, »gaben ihr Leben für die Verteidigung des Heimatlandes« genannt werden. Es sollen keine Bilder von schwer verletzten oder erschossenen kroatischen Soldaten gezeigt werden, keine von Menschen, die weinen oder trauern, Niederlagen an der Front sollen nicht verheimlicht werden, allerdings sollen dabei immer die »enormen vom Feind eingesetzten Kräfte, seine Skrupellosigkeit« betont werden und die Berichte müssen mit einer »optimistischen Note enden« wie Deklarationen im Stil »wir werden unser Kijevo zurückholen«. Das Dekret wurde nicht zum letzten Buchstaben beachtet, aber es zeigt die Intention (Thompson 1999: 159).

Der »gute und richtige« Gebrauch des »Neukroatisch« wurde zumindest in den ersten Jahren nach der Ausrufung der Unabhängigkeit zu einem Loyalitätsbekenntnis zur neuen Nation und deren politischer Führung. Unabhängige und oppositionelle Medien markierten ihre Distanz auch im Sprachgebrauch, indem sie nur solche »neukroatischen« Wörter und Redewendungen abdruckten, die effektiv Eingang in die Alltagssprache gefunden hatten. Die satirische Wochenzeitung *Feral Tribune* nahm den Sprachpurismus in Seitenhieben regelmäßig aufs Korn.

In Bosnien setzte die sprachliche Trennung mit dem Krieg ein. Die Führung der Serben entschied sich, dem Sprachgebrauch in Serbien zu folgen und die kroatische Führung jenem, der in Kroatien propagiert wurde. Damit wurde die bosnische Sprache zu jener der Muslime (Bosniaken). Nach der militärischen Besetzung und ethnischen Vertreibung erfolgte die Markierung der Besitznahme auf einer symbolischen Ebene. So wurden z. B. in der Republika Srpska Orte mit zu »türkisch-muslimisch« klingenden Namen umbenannt, wie etwa Donji Vakuf in Srbobran oder Foca in Srbinje. Im September 1993 wurde in der Republika Srpska, in einem Gebiet, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die jekavische Variante spricht, über Nacht in allen Medien die ekavische Variante eingeführt. Die Machthaber hatten sich mit Vertretern des Rundfunks und der Parteimedien in einem gemeinsamen Dokument dar-

auf geeinigt, daß »die Ekavica dem Volk, dem sie zusteht, zurückgegeben« werden muß. Als Ziel der Entscheidung formulierten sie, daß »die Ekavica in der Praxis eingeführt werden soll, um sich von fremden Einflüssen zu befreien ...«. Diese Maßnahme sollte sowohl die Annäherung an Serbien – wo mehrheitlich die ekavische Variante gesprochen wird – als auch die Abgrenzung zu den kroatischen und muslimischen Teilen Bosnien- Herzegovinas fördern (AIM 13. 9. 1993, Bugarski 1995: 129–137). 1996 trat eine gesetzliche Regelung in Kraft, die alle Medien bei Strafandrohung verpflichtete, die ekavische Variante und die kyrillische Schrift zu verwenden (Šipka 1997). Doch in der Praxis erwiesen sich die Bestrebungen, via Schule und Medien die ekavische Variante zu implementieren, als nicht durchsetzbar. In der regionalen Tageszeitung *Oslobodjenje* beispielsweise erschienen weiter Artikel in beiden Varianten und in Mischformen, allerdings ausschließlich in kyrillischer Schrift. Auch einige jener Politiker, die den Übergang zum Ekavischen postuliert hatten, fielen in ihren Reden und Gesprächen oft selbst in die jekavische Variante zurück. 1999 änderte die Republika Srpska ihre gesetzlichen Bestimmungen und kehrte zur jekavischen Variante zurück.

Ähnliche Bestrebungen zur Durchsetzung eines neuen Standards durch Medien waren auch in der bosnisch-herzegowinischen Föderation zu beobachten. Im kroatischen Teil ging man auch in den vor Ort produzierten Medien zur Sprache der Republik Kroatien über und im muslimischen Teil waren die audiovisuellen Medien und der Regierungspartei nahe Zeitungen wie *Liljan* und *Dnevni avaz* Vorreiter im Anwenden der neuen, in Entwicklung begriffenen Normen, die unter anderem Turzismen forciert. Während des Krieges und in den ersten Jahren danach wurde ein gewisser Druck auf die Redaktionen ausgeübt, indem ihnen ein Sprachratgeber mit einem entsprechenden Beibrief, der Gebrauch der neuen Orthographie und Grammatik nahelegte, zugesendet wurde. Betrachtet man die Sarajewer Tageszeitung *Oslobodjenje*, die von der internationalen Gemeinschaft während des Krieges und auch noch danach finanziell unterstützt wurde, so kann man nur geringfügige Unterschiede zu früher feststellen. So sind etwa die kroatischen Monatsnamen in Gebrauch. Allerdings erscheint *Oslobodjenje* nur mehr in

lateinischer Schrift und nicht in einer Mischung aus beiden Schriften – der lateinischen und der kyrillischen – wie vor dem Krieg. Generell gewährt *Oslobodenje* AutorInnen eine relativ große sprachliche und stilistische Freiheit.

Trennung in parallele Öffentlichkeiten: Das Beispiel der Baltische Staaten

Bis zur Auflösung der Sowjetunion waren in den Baltischen Republiken die baltischen Sprachen Minderheitensprachen im Staatsgefüge. Russisch war die dominante Sprache und diente als *lingua franca*. Es war für Russischsprachige in der sowjetischen Epoche keine Notwendigkeit, die baltischen Sprachen zu erlernen. Mit den Unabhängigkeitserklärungen kam es in allen drei Staaten – Estland, Lettland und Litauen – zu einem radikalen Vorzeichenwechsel im sprachlichen Bereich. Die früheren Minderheitensprachen wurden in den Status von Nationalsprachen erhoben. Tatsächlich ist die Bevölkerungszusammensetzung in den drei baltischen Staaten eine äußerst heterogene. In Lettland betrug der Anteil der Lettischsprachigen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ca. 52 %, während jener der Russophonen 34 % ausmachte, der Rest entfiel auf Angehörige anderer sprachlicher Minderheiten. Ähnlich waren die Verhältnisse in Estland, wo für ein knappes Drittel der Bevölkerung Russisch die Hauptsprache ist. Die baltischen Sprachen wurden nach den Unabhängigkeitserklärungen zu Staatssprachen und in zwei der drei Staaten – Lettland und Estland – wurde ihre Kenntnis zu einer Vorbedingung für die Erlangung der Staatsbürgerschaft bzw. die Ausübung von Bürgerrechten. Anfang der neunziger Jahre kam es zu einer massiven Auswanderungswelle: 175.000 Russen emigrierten aus Lettland. Von den 2,5 Millionen Einwohnern Lettlands besaßen ca. 700.000 nicht die lettische Staatsbürgerschaft. Nur ein Bruchteil dieser Staatenlosen unterzog sich der komplizierten Einbürgerungsprozedur, die einen mündlichen und schriftlichen Sprachtest, einen Katalog von 300 Fragen zur lettischen Geschichte und Kultur sowie eine Reihe von Fragen zur Verfassung und zu den Bürgerrechten und -pflichten beinhaltete. Bezeichnen-

derweise wurde auch die Kenntnis der Landeshymne verlangt (Council of Europe 1999). Auf Druck von internationalen Stellen und im Lichte des angestrebten EU-Beitritts mußte Lettland eine andere Minderheitenpolitik einschlagen und wurde im Jänner 2001 aus dem Monitoringverfahren des Europarats entlassen. Dennoch anerkennt das im November 2000 verabschiedete Sprachengesetz als Minderheitensprache nur Liv (eine Sprache, die von knapp über 10.000 gesprochen wird). Russisch gilt nach wie vor als Fremdsprache (Council of Europe 2001).

Die mediale Versorgung der großen sprachlichen Minderheit, der russischen, nimmt sich eher mager aus. Das staatliche lettische Fernsehen sendet im ersten Kanal ausschließlich in Lettisch, im zweiten Kanal sind ca. 20 % der Sendezeit in Russisch (ein tägliches 15-minütiges Nachrichtenprogramm, Fernsehshows, Filme). Im staatlichen Radio werden dieselben Proportionen eingehalten. 1998 beschloß das Parlament ein Gesetz, dem zufolge alle Filme, die im lettischen Fernsehen gezeigt werden, entweder lettisch synchronisiert oder Untertitelt sein müssen. Außerdem wurde die maximale Sendezeit in »Fremdsprachen« von 30 % der Sendezeit auf 25 % reduziert. Für die beiden baltischen Staaten Estland und Lettland gilt, daß sich die verschiedenen Sprachgruppen ihren »eigenen« Medien zuwenden. In weiten Teilen Estlands und Lettlands können zwei bis drei Fernsehkanäle aus Rußland empfangen werden. Für Estland liegen auch Reichweitenuntersuchungen vor, die den Anteil von Programmen aus Rußland ausweisen. Eine Untersuchung von Baltic Media facts im Jahr 1994 zeigte, daß die nicht-estnischsprachige Bevölkerung die russischen Programme des estnischen Fernsehens kaum in Anspruch nahm, sondern Programme aus Rußland bevorzugte. 1994 nahmen die estnischen Behörden eine Neuverteilung der Frequenzen vor und sprachen jene Frequenzen, die bis dahin vom russischen Fernsehen für eine Übertragung in Estland genutzt wurden, estnischen privaten Anbietern zu. Dennoch sind Programme aus Rußland auf terrestrischem Weg in manchen Teilen weiterhin zu empfangen und seit der raschen Ausbreitung des Satellitenfernsehens auch auf diesem Weg. Eine Untersuchung von Gallup Media Companies vom September 1998 weist aus, daß in Estland von der Gesamtsehndauer der Bevölkerung 11,6 % auf *ORT* (staatli-

ches russische Fernsehen), 5,1 % auf (verschiedene, darunter auch andere russische) Satellitenkanäle und 9,2 % auf russische Stationen entfielen. Unter der jüngeren Generation in Lettland scheint das Verhältnis zum großen Nachbarn entspannter zu sein, russische Popsongs erfreuen sich großer Beliebtheit und russisch als Fremdsprache wird wieder häufiger gelernt (Neue Zürcher Zeitung 3. 5. 2000).

Die Medienpolitik der beiden baltischen Staaten kommt einem praktischen Ausschluß eines ganzen Segments der Bevölkerung aus der öffentlichen Sphäre gleich. Es wird wenig unternommen, um die getrennten Öffentlichkeiten zu integrieren. Seit Mitte der achtziger Jahre werden nun auf Druck der internationalen Gemeinschaft – und großteils von ihr finanzierte – Sprachkurse zur Erlernung der baltischen Sprachen im Fernsehen und Radio angeboten.

Obwohl die Grenzen der baltischen Staaten bereits seit den Unabhängigkeitserklärungen festgelegt sind, gab es im Jahr 2000 noch immer kein bilaterales Abkommen zwischen Estland und Rußland über die Grenzen und Grenzgebiete. Die Grenzen zum östlichen Nachbarn Rußland werden in den öffentlichen Diskursen noch immer als potentiell bedroht und ungewiß gezeichnet, während die Grenzen zu den westlichen Nachbarn in den öffentlichen Diskursen kaum Erwähnung finden. Die Abgrenzung zu Rußland beschäftigt die estnische Politik nach wie vor, und insofern wird auch die russophone Minderheit nicht als solche anerkannt, bzw. verlangt man ein Loyalitätsbekenntnis auf der Ebene der Sprache. Einen Konsens darüber, ob Estland »als alter Nationalstaat die letzte Bastion der westlichen Zivilisation« oder »ein neuer multikultureller Staat in einer Brückenfunktion« oder ein »westlich orientierter Staat mit einer geteilten Gesellschaft« ist, besteht derzeit nicht und daher ist auch der Prozeß der Einzeichnung Estlands auf der politischen Karte nicht abgeschlossen (vgl. Berg, Saima 2000).

Globales im lokalen Gewand: Auslandsdienste der großen nationalen Sender

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Blocklogik wurde auch die Trennung in Ost und West im Medienbereich obsolet. Die

UNESCO kehrte zum Konzept des »free flow of information« zurück nach dem (kurzen) Intermezzo des Suchens nach einer von den Blockfreien betriebenen, und vom Osten unterstützten neuen Weltkommunikationsordnung. Die großen transnationalen Radiosender, die von verschiedenen westlichen Regierungen unterhalten werden, schienen mit dem Ende des Kalten Kriegs nicht mehr gebraucht zu werden. Dennoch haben sich Sender wie *Radio Free Europe/Radio Liberty*, *Voice of America (VOA)*, *BBC World Service*, *Radio France International* und *Deutsche Welle* nicht nur halten können, sondern sie konnten ihre Position in Südost- und Osteuropa auch noch weiter ausbauen. Wie, soll in diesem Abschnitt gezeigt werden.

Zunächst ein Rückgriff auf die Geschichte: Die ersten Staaten, die Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre Kurzwellensender aufbauten, die über ihr nationales Territorium hinaus strahlten, waren Kolonialmächte, für die zunächst die Idee im Vordergrund stand, ihre Besitzungen in Übersee enger an das Mutterland zu binden und ihre Außenposten mit Information zu versorgen. Der Kurzwellensender *Radio Vatikan* wurde 1931 gegründet, als sich die politische Situation zwischen Italien und dem Vatikan zuspitzte, um den apostolischen Auftrag zu erfüllen, der sich »an alle Nationen und an jedes Geschöpf« richtete³ (Street und Matelski 1997: 4). Dementsprechend bemühte sich die Station von Anfang an um Mehrsprachigkeit der Programme. Der internationale Kurzwellensender der Sowjetunion hatte den Auftrag, die Botschaft des Klassenkampfes in die Welt zu tragen und sendete 1930 bereits ein Programm in verschiedenen Sprachen. Nazi-Deutschland konzipierte sein rasch expandierendes Kurzwellensendernetz unverhohlen als Propagandainstrument und ebenso das faschistische Italien und Japan (Thussu 2000: 26). Der amerikanische Auslandsfunk wurde erst 1942, als Amerika in den Krieg eintrat, gegründet, noch im selben Jahr sendete *Voice of America (VOA)* in 27 Sprachen (VOA history 2001). Während des Zweiten Weltkriegs expandierten die internationalen Abteilungen der nationalen Rundfunksender rasch. Die *BBC* beispielsweise »sendete in sieben Sprachen vor dem Krieg und verkündete den Sieg der Alliierten in 46« (BBC World Service, Slovenian Service 1997). Zwei einander ergänzende Konzeptionen standen also bei den nationalen Kurzwellenauslandsdiensten im

Vordergrund: einerseits weltumspannend präsent zu sein und damit Großmachtsansprüche zu untermauern, andererseits eine Klammer für weit entfernte Teile eines Reiches bzw. Angehörige der Nation auf »Außenposten« zu schaffen, dem entspricht der Auslandsdienst in den Nationalsprachen. Gleichzeitig weist die Expansion der Auslandssender und die Diversifizierung im sprachlichen Angebot in der Zeit während des Zweiten Weltkrieges darauf hin, daß sie als Propagandainstrument oder sogar als Waffe in der Kriegsführung verstanden wurden, denn sie boten die Möglichkeit, die Bevölkerung auf der »anderen Seite« direkt in der eigenen Sprache zu erreichen und mit »Gegeninformationen« oder gegebenenfalls auch mit gezielten Falschinformationen zu versorgen. Als Indiz für den Einfluß oder die Gefahr, die man mit ihnen verband, kann der Aufwand gewertet werden, der immer wieder in Störsender, die einen Empfang vereiteln sollten, gesteckt wurde, und die drakonischen Strafen, mit welchen das Hören von »Feindsendern« geahndet wurde. Totalitäre Regimes versuchten auch ihre Öffentlichkeit vor »fremden« Einflüssen dadurch abzuschotten, daß sie Radioapparate zur Verteilung brachten, die auf eine einzige Frequenz abgestimmt waren.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Fremdsprachendienste der nationalen Auslandssender zunächst in Frage gestellt, doch mit dem Einsetzen des Kalten Kriegs erlebten sie eine neue Expansion. Weder die *BBC* noch *Voice of America*, das sich als »Waffe gegen die Sowjetunion« (VOA history 2001) sah, reduzierten ihre Sendetätigkeit. Zusätzlich zu *VOA* finanzierte der US Kongreß via CIA ab 1949 *Radio Free Europe (RFE)* mit der Aufgabe, Programme für die »Staaten hinter dem Eisernen Vorhang« zu produzieren, und ab 1951 das für die »Völker in der Sowjetunion« konzipierte *Radio Liberty (RL)*. Beide verstanden sich im Unterschied zum Auslandsdienst *VOA* als »surrogate broadcaster«, als Ersatzradio für jene, die keine Stimme hatten. In den siebziger Jahren wurden die beiden Sender *RFE* und *RL* zusammengelegt und die Verantwortung ging vom CIA an das Board for International Broadcasting BIB, das für den gesamten nicht-militärischen, internationalen Rundfunk der USA verantwortlich ist. (*RFE/RL: Introduction* 2001).

Am Höhepunkt des Kalten Krieges war eine ganze Maschine in Betrieb: *RFE/RL* produzierten in ihrem Münchner Studio

über 1000 Sendestunden pro Wochen in den Sprachen der osteuropäischen Länder, gefolgt von *VOA* mit ca. 250 Wochenstunden, der *BBC* mit etwas über 100 und der *Deutschen Welle* mit unter 100 (Lendvai 2000). Die Sowjetunion und die Warschauerpaktstaaten sowie Albanien auf der anderen Seite produzierten ebenfalls Kurzwellensendungen in verschiedenen Sprachen. Von der Sowjetunion war ein ganzes Netz an Störsendern aufgestellt worden, die den Empfang der westlichen Radios verhindern sollten. Der Impakt der transnationalen Sender kann nur schwer abgeschätzt werden, wissenschaftliche Studien dazu sind kaum durchgeführt worden. Hörerzahlen, die von der einen oder anderen Seite veröffentlicht wurden, waren ebenso Teil der Propaganda. Paul Lendvai, der langjährige Osteuropaverantwortliche des Österreichischen Rundfunks führt »verlässliche Schätzungen« an, denen zufolge vier von fünf Tschechoslowaken, drei von vier Ungarn, Rumänen und Polen und einer von zwei Bulgaren westliches Radio hörten (Lendvai 2000). Dazu kamen TV-Programme, die durch den terrestrischen Overspill weit in osteuropäische Länder reichten. Insbesondere in der damaligen DDR konnten Westsender nahezu flächendeckend empfangen werden. Dresden und Umgebung, das im Funkschatten lag, erhielt den Beinamen »Tal der Ahnungslosen«, weil hier, wie das im DDR-Jargon hieß, die »allabendliche Emigration« nicht möglich war. Lendvai schätzt den Beitrag der internationalen Kurzwellensendungen und der grenzüberschreitenden Fernsehprogramme als besonders wichtig ein »bei der unaufhaltsamen Erosion der Glaubwürdigkeit und schließlich beim Machtverfall der kommunistischen Einparteiensysteme« (Lendvai 2000). Wurde in den sechziger Jahren das Hören ausländischer Rundfunksender in der Sowjetunion noch als ideologisches Verbrechen geahndet, so ließ 1988 Präsident Gorbachev die Störsender abschalten.

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung konnten sich die fremdsprachlichen Auslandsdienste nicht mehr über ihre Propagandafunktion definieren. Zumindest *RFE/RL*, die eine reine Schöpfung des Kalten Kriegs gewesen waren, schienen als obsolet. 1994 beschloß der US-Kongreß zunächst die Finanzierung einzustellen, weil *RFE/RL* seinen »Dienst erfüllt hatte«. Der Sender konnte aber eine weitere Finanzierung erreichen, indem er seine Ziele neu fest-

legte in der »Förderung einer demokratischen Entwicklung und der Marktwirtschaft, in jenen Ländern, wo eine friedliche Entwicklung einer zivilen Gesellschaft im unbedingten nationalen Interesse der Vereinigten Staaten liegt« (*RFE/RL: history 2001*). Die Erklärungen zum Sendeauftrag der großen Auslandssender *BBC World Service*, *VOA*, *Radio France International (RFI)* und *Deutsche Welle* lesen sich nun nicht mehr wie Propagandaziele, sondern eher wie Public Relations-Ziele im Dienste der Öffentlichkeitsarbeit für den jeweiligen Staat und den Sender selbst. Die *BBC* formuliert den Nutzen ihres »Weltdienstes« pragmatisch darin, »das kulturelle und wirtschaftliche Ansehen von Großbritannien« in den Zielländern zu heben (*BBC Slovenian Service 1997: 8*). Sie bezeichnet sich als »den universellen Provider globaler Nachrichten«, der danach strebt, »immer glaubwürdig, allgemein zugänglich und weithin empfangbar« zu sein (*BBC Slovenian Service 1997: 2*). Die Stimme Amerikas *VOA* definiert ihr Ziel schlicht »the world's leading international broadcaster« zu sein (*VOA history 2001*). Etwas anders liest sich der Sendauftrag von *RFI*: »Der Sender lehrt Frankophilen die französische Sprache und bringt in Regionen, die von Konflikten zerrissen werden, einen anderen Ton, einen freien, glaubwürdigen, um die Angst des Schweigens zurückzudrängen.« (*RFI 2001*) Die Deutsche Welle sieht ihre Aufgabe darin,

umfassend über Deutschland und den europäischen Einigungsprozeß zu informieren. Diese europäische Ausrichtung ist die Marktnische, in der die DW-radio/Fremdsprachen im Konzert der Auslandssender Akzente setzt, (...) Menschen in politisch autoritären oder diktatorischen Systemen oder in Krisenregionen über die Ereignisse im Lande selbst und aus deutscher Sicht über das Weltgeschehen zu informieren. (Deutsche Welle 1999: 11)

Es lassen sich bei allen großen Auslandsdiensten sowie bei *RFE/RL* ähnliche Entwicklungslinien festmachen. Sie behalten ihre traditionellen Kurzwellenauslandsdienste bei, die in den Zielländern direkt von einzelnen HörerInnen empfangen werden können. Neu dazu gekommen sind seit Anfang der neunziger Jahre Partnerstationen in den Zielländern, die Programme übernehmen und auf lokalen Frequenzen weiterverbreiten. In den letzten Jahren wird das Radioangebot zunehmend von einem TV-Angebot ergänzt.

Die Hauptstoßrichtung geht vermehrt in den Auf- und Ausbau von lokalen Netzwerken, die Sendungen direkt übernehmen. Dabei handelt es sich primär um Nachrichtensendungen, Kurznachrichten ebenso wie Nachrichtenmagazine. In der Regel wird das Programm den Partnerstationen kostenlos angeboten und die Anbietersender stellen auch die nötigen technischen Anlagen zur Übernahme der via Satellit übertragenen Sendungen kostenlos zur Verfügung. Das Netzwerk von *RFE/RL* umfaßte im Jahr 2000 bereits an die 150 Partner im ost- und südosteuropäischen Raum, die über ca. 300 Sender die angebotenen Programme direkt ausstrahlten. In Bosnien etwa übernehmen etwas über 20 lokale Radiostationen die täglichen Nachrichtenprogramme von *RFE/RL*, einige davon nur die morgendliche ein- bzw. zweistündige Informationssendung, andere (ca. die Hälfte) wie z. B. *Radio Grad* in Sarajevo übernehmen auch stündliche Kurznachrichten (*RFE/RL: Affiliates: 2001*). Es gibt aber auch lokale Sender wie *Radio Kameleon* in Tuzla oder *Radio Zavidovici*, die »Kunden« bei mehreren transnationalen Sendern sind. Weltweit hat *VOA* ein Netz von 1.200 Partnerstationen, in Bosnien sind es 33 Partnerstationen unter den lokalen Radios und 15 unter den lokalen TV-Stationen. Anders als *RFE/RL* bietet *VOA* den Partnern nicht nur Nachrichten, sondern »ein weites Spektrum auch an Musik- und Informationssendungen« an (*VOA: Affiliates: 2001*). Insgesamt verbreiten ca. 300 lokale Stationen in Zentral- und Osteuropa *BBC*-Programme. In Bosnien sind es derzeit etwas unter zehn, denn der Schwerpunkt der *BBC* im Raum des früheren Jugoslawien liegt eher in Montenegro und Serbien. In Slowenien umfaßt das *BBC*-Netz ca. 20 Lokalradios. Nach Rezipientenforschung der *BBC* hören 1996 ca. 16 % der erwachsenen Bevölkerung in Slowenien regelmäßig Programme der *BBC* (*BBC Slovenian Service 1997: 8*). *RFI* und *Deutsche Welle* sind die »kleinen« unter den großen. Im Balkanraum beschränkt sich *RFI* vorwiegend auf die traditionellen französischen Einflußsphären und hat ein Netz von ca. 20 Partnerradios in Rumänien aufgebaut, in Bulgarien betreibt *RFI* ein eigenes Büro und einen eigenen FM-Sender. Für die Abnehmerseite, also für die große Zahl an privaten lokalen und regionalen Radio- bzw. Fernsehstationen, die seit dem Wechsel zur Marktwirtschaft gleichsam aus dem Boden geschossen sind, bedeutet diese Ent-

wicklung, daß sie internationale Nachrichten in den jeweiligen lokalen Sprachen überhaupt senden können. Ihre meist prekäre finanzielle Lage würde es ihnen kaum erlauben, solch kostenintensive Sendungen selbst zu produzieren. Für die Rezipienten bedeutet diese Entwicklung, daß trotz der Vielzahl an Sendern, die nun bestehen, im Grunde genommen Informationen über internationale Belange aus zwei Blickwinkeln verfügbar sind: einerseits die internationalen Nachrichten, die von den staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Stationen im Land produziert werden, die häufig nur einen (nationalen) Regierungsstandpunkt widerspiegeln, und andererseits Nachrichten, die die Ereignisse durch die Brille globaler Anbieter interpretieren, allerdings tritt hier das Globale in einem sehr lokalen Erscheinungsbild auf.

Obwohl die Weitergabe von Programmen an Partnersender den Auslandsdiensten wesentlich billiger kommt – die Ausstrahlung von einer Stunde Programm über Kurzwelle kostet ca. zehn Mal so viel wie die Bereitstellung von einer Stunde Programm auf Satellit –, haben die Auslandsdienste ihre Kurzwellensendungen beibehalten. Argumentiert wird das Beibehalten der Kurzwellendienste damit, daß sie in Krisensituationen eine wichtige Rolle spielen können und Positionen für »nachher« aufbauen können. *VOA* führt als Beispiel dafür das Kosovo an: Während der »Kosovo-Krise« hörten nach *VOA*-Angaben 83 % der Flüchtlinge in den albanischen Camps *VOA* regelmäßig. Nachdem Kosovo unter internationale Aufsicht gestellt wurde, richtete die *VOA* ein Nachrichtenbüro in Priština ein. Nachrichten, die dort gesammelt werden, kommen in die Region zurück via direct-broadcast auf Kurzwelle oder über Partnerstationen auf FM bzw. über Internet (*VOA history* 2001). Auch entziehen sich die Kurzwellenübertragungen dem Zugriff der Behörden der Zielstaaten, es sei denn Störsender können aufgestellt werden. Von den nationalen Regierungen gab es fallweise Verbote, *VOA* Programme zu übernehmen, so z. B. am Höhepunkt der durch illegale Finanztransaktionen und Pyramidenspiele ausgelösten Krise in Albanien 1997. Damals antwortete *VOA* mit einer Steigerung des Programmoutputs auf Kurz- und Mittelwelle in albanischer Sprache. Die albanische Regierung sah sich gezwungen, das nicht durchsetzbare Verbot aufzuheben (*VOA history* 2001).

Ähnlich wie in Albanien gab es in Serbien Versuche, die nationale Öffentlichkeit abzuschotten und die Übernahme von Auslandsdiensten zu verbieten. Außerhalb der Hauptstadt hatte das serbische Regime vor den Regionalwahlen 1996 wenig um das Rundfunkmonopol zu fürchten. Erst als ein Teil der lokalen Radiostationen, die zum staatlichen Netz gehörten, nach den Wahlen an die Opposition fielen und sich wenig später auf Initiative des unabhängigen Belgrader Senders *B-92* mit anderen Privatstationen zum Netzwerk *ANEM* zusammenschlossen, änderte sich diese Situation. *ANEM* schloß Verträge mit internationalen Stationen wie *BBC*, *Voice of America*, *Deutsche Welle* zur Übernahme von Informationssendungen. Als sich die Kosovo-Krise 1998 zuspitzte, verabschiedete die serbische Regierung ein Gesetz, das Massenmedien untersagte, Radio- und Fernsehprogramme »mit politisch-propagandistischem Inhalt in serbischer Sprache oder in einer Sprache der in Serbien lebenden Minderheiten« von »Stationen, deren Gründer ausländische Regierungen oder regierungsnahen Organisationen sind«, zu übernehmen oder – weder in voller Länge noch gekürzt – zeitversetzt auszustrahlen. Als Reaktion betrieben *Voice of America*, *BBC External Service*, *France International*, *Deutsche Welle*, *Free Europe* das Projekt »Ring um Serbien«. Sie richteten eine eigene UKW-Frequenz ein, auf der sie von den Nachbarstaaten aus Informationsprogramme in serbischer Sprache sendeten (Radojković 2000: 425).

In der Sprachenpolitik der Auslandssender kam es weniger zu einer Reduktion der Sprachen, in welchen gesendet wird, als zu einer Verlagerung. Während der Raum des früheren Jugoslawien zur Zeit des Kalten Krieges für die Auslandsdienste nur eine untergeordnete Rolle spielte, haben mit dem Ausbruch der Kriege praktisch alle Auslandssender die Sprachen dieses Raums neu aufgegriffen. Heute sendet *RFE/RL* in 27 verschiedenen Sprachen, die in Ost- und Südosteuropa sowie auf dem Territorium der Nachfolgestaaten der Sowjetunion gesprochen werden. *VOA* sendet insgesamt in 53 Sprachen, *RFI* in 19 und die *Deutsche Welle* in 29. *VOA* hat überdies noch eine Besonderheit: Sendungen im sogenannten Special English. Das ist ein Informationsdienst, der ein begrenztes Vokabular von 1.500 Wörtern verwendet. Es wird langsam gesprochen

und in einfachen Sätzen, die »nicht mehr als einen Gedanken auf einmal beinhalten«. Der VOA-Direktor, Sanford Ungar, erklärte dazu: »Man muß kein Nationalist sein, um zu verstehen, daß das amerikanische Englisch zur *Lingua franca* der Weltwirtschaft wird, und es ist das Special English der VOA, das sie zu einem großen Teil der Welt bringt.« (Ungar 1999) Für die Auswahl der Sprachen, in welchen Programme produziert werden, sind politische Erwägungen entscheidend. Wirtschaftliche Gründe zwingen aber alle Auslandsdienste zu gewissen Reduktionen in der Anzahl der Sprachen. Warum eine solche Reduktion nicht allzu leichtfertig vorgenommen werden sollte, argumentierte der Direktor von VOA so:

Heute stabile Nationen können schon morgen Terroristen Unterschlupf bieten, Drogen produzieren oder zum Schauplatz von Bürgerkriegen werden. Und wenn VOA »auf der Höhe« sein will und ein glaubwürdiger Sender in einer solchen Krise sein will, dann müssen wir professionelle Journalisten in unserem Haus haben, die die Sprache sprechen und zu arbeiten beginnen können. Diese Interventionsfähigkeit aufrechtzuerhalten – das Potential, die Programmeproduktion rasch als Antwort auf eine Krise zu steigern, so wie wir es im Kosovo getan haben – und flexibel und beweglich zu sein, daß wir dort antworten können, wo es am dringendsten ist –, das ist die kreative, multimediale und immer glaubwürdige Zukunft von VOA. (Ungar 1999)

Anmerkungen

- 1 Grimms Wörterbuch hält sich an die radikale Kleinschreibung. Im Text wurde die Originalschreibweise beibehalten.
- 2 Ekavisch und jekavisch bezieht sich auf die Wiedergabe des altslawischen Lautes Jat (e), der als »e« bzw. »je« wiedergegeben wird; z. B. im Wort für Fluß: rijeka (jekavisch) und reka (ekavisch).
- 3 Zit. Aus der Eröffnungsrede von Papst Pius XI, am 12. 2. 1931.

Quellen

- Balibar, Etienne (1997): *La crainte des masses. Politique et philosophie avant et après Marx*. Paris, Galilée.
- BBC Slovenian Service (1997). London, BBC World Service.
- Berg, E.; Saima, O. (2000): Writing post-Soviet Estonia on the world map. In: *Political Geography*, vol. 19/5. Internetversion über Elsevier Science Ltd. <http://www.sciencedirect.com> (14. 7. 2000).
- Bugarški, R. (1995): *Jezik od mira do rata. Drugo dopunjeno izdanje*. Beograd, Slovoğraf.
- Council of Europe (1999): Honouring of obligations and commitments by Latvia, Doc. 8426, <http://stars.coe.fr/ta/ta98/edoc8426.htm> (15. 7. 2000).
- Council of Europe (2001): Honouring of obligation and commitments by Latvia, Doc 8924, <http://stars.coe.fr/doc/doc01/EDOC8924.htm> (21. 1. 2001).
- de Rougemont, D. (1980): *Die Zukunft ist unsere Sache*. Stuttgart, Klett-Cotta.
- Deutsche Welle (1999): *DW – Kommunikation als Auftrag*. Köln.
- Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (1999): *Nachdruck der Erstausgabe von 1854*. München, dtv.
- Derrida, J. (1997): Die Einsprachigkeit des Anderen oder die Prothese des Ursprungs. In: Haverkamp, A.: *Die Sprache der Anderen*. Frankfurt am Main, Fischer. S. 15–43.
- Gallup Media Companies (1998): www.bmf.ee/baltic_tv/channels (18. 7. 2000).
- Heindl, W.; Saurer, E. (1998): *Grenzen und Grenzüberschreitungen*. In: *Relationen* 19. Wien, BMWV.
- Helsinki Föderation (1993): *Bericht der Beobachterdelegation zur Situation der Menschenrechte in Kroatien*. Wien.
- Hodžić, A. (2000): Preoccupation with the »other«. In: Skoplanac Brunner, N.; Gredelj, S.; Hodžić, A.; Krištofić, B.: *Media & war*. Belgrad, Argument. S. 19–41.
- Lendvai, P. (2000): *Diktaturen des Schweigens. Die Gefangenen der eigenen Propaganda im Medienkrieg*. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 8. August.
- Morley, D.; Robins, K. (1996): *Spaces of identity. Global media, electronic landscapes and cultural boundaries*. London, New York, Routledge.
- Neweklowsy, G. (2000): *Sprachwandel in der Slavia. Slavische Sprachen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*. Manuskript.
- Newman, D.; Paasi, A. (1998): *Fences and neighbours in the post-modern world: boundary narratives in political geography*. In: *Progress in Human Geography* 22/2. S. 186–207.
- Puhovski, Ž. (2000): *Hate Silence*. In: Skoplanac Brunner, N.; Gredelj, S.; Hodžić, A.; Krištofić, B.: *Media & war*. Belgrad, Argument. S. 41–53.
- RFE/RL (2000): *Affiliates*. <http://www.rferl.org/affiliates/bh.html> (19. 1. 2001).
- RFE/RL (2000): *Introduction to RFE/RL*. <http://www.rferl.org/welcome/english/history/introduction.html> (19.1. 2001).
- RFE/RL (2000): *History of RFE/RL*.

- <http://www.rferl.org/welcome/english/history/glance.html> (19. 1. 2001).
- RFI (2001): <http://www.rfi.fr> (19. 1. 2001).
- Skopljanac Brunner, N. (2000): Media strategies of constructing the image of the »other« as »enemy«. In: Skopljanac Brunner, N.; Gredelj, S.; Hodžić, A.; Krištofić, B.: *Media & war*. Belgrad, Argument. S. 117–145.
- Thomas, G. (1991): *Linguistic Purism*. Essex, New York, Singapore, Longman.
- Thompson, M. (1999): *Forging war. The media in Serbia, Croatia, Bosnia and Herzegovina*. Luton University Press.
- Todorova, M. (1999): *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*. Darmstadt, Primus Verlag.
- Street, N. L.; Matelski, M. J. (Hg.) (1997): *Messages from the underground. Transnational radio in resistance and solidarity*. Westport, Connecticut, London, Praeger publishers.
- Šipka, M. (1997): *Standardni jezik u Bosni i Hercegovini u dokumentima jezičke politike*. Sarajevo. Manuskript.
- Thussu, D. K. (2000): *International Communication. Continuity and Change*. London, Arnold.
- Ungar, S. J. (1999): *Speech to Foreign Policy Association and Overseas Press Club of America*. New York City, 13. Dezember 1999. <http://www.voa.gov/director/fpasp.cfm> (19. 1. 2001).
- VOA: *Affiliate Relations* (2001): <http://www.voa.gov/afl> (19. 1. 2001).
- VOA: *History* (2001): <http://www.ibb.gov/pubaff/histroy.html> (19. 1. 2001).
- Zakošek, N. (2000): *The legitimation of war: political construction of a new reality*. In: Skopljanac Brunner, N.; Gredelj, S.; Hodžić, A.; Krištofić, B.: *Media & war*. Belgrad, Argument. S. 109–117.